

Den Frieden sichern

BEMÜHUNGEN ZUR VERBESSERUNG DER POST-KONFLIKT-SICHERHEITSLAGE

Bewaffnete Gewalt ist häufig mit dem Abbruch der eigentlichen Kampfhandlungen nicht zu Ende. In bestimmten ‚Post-Konflikt-Szenarien kann bewaffnete Gewalt grössere direkte und indirekte Gefahren für die Zivilbevölkerung bringen, als es während des Krieges der Fall war. Darüber hinaus manifestiert sich diese Gewalt oft auf unterschiedliche Weise, und politische Entscheidungsträger und Praktiker stehen vor neuen Herausforderungen, wenn sie darüber befinden sollen, wie Stabilität und Sicherheit erreicht werden können. Tatsächlich finden sich nur wenige Beispiele unter den Programmen zur Förderung der Sicherheit, die mit den vielen Facetten derartiger Gewalt erfolgreich umgehen. Waffenstillstandsabkommen, Friedensverträge und Wahlen genügen häufig nicht, Zivilisten dauerhaften Schutz zu gewähren.

Kapitel 7 zeigt Gründe dafür auf, warum der Übergang von Krieg zu Frieden häufig so ein prekäres Unterfangen ist. Es dokumentiert, warum Versuche, Sicherheit mittels einer ‚Siegermentalität‘ durchzusetzen, die Situation unbeabsichtigt verschlechtern könnten, weil bestimmte ehemals bewaffnete Gruppen – besonders die hohen Offiziere und ehemaligen Kommandeure der Verliererseite – ihre Unzufriedenheit mit der veränderten politischen Lage dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie zukünftige Instabilität fördern. Das Kapitel zeigt weiterhin, dass jene Faktoren, die für die Gewalt nach Beendigung einer kriegerischen Auseinandersetzung verantwortlich zeichnen, tief verwurzelt sind und oft räuberische Netzwerke und Vetternwirtschaft einschliessen, die mit der Kriegsökonomie in Verbindung standen, und immer noch intakt sind beziehungsweise sogar gestärkt aus den Kriegshandlungen hervorgehen konnten. Gesellschaften, die nach Kriegschluss wieder zum Vorschein kommen, können, aufgrund von Risikofaktoren und Schwachstellen, die mit dem Krieg und seinen Nachkriegsproblemen zu tun haben, sogar einen Zuwachs an räuberischer und organisierter krimineller Gewalt hervorbringen. Deshalb können die Gründe für kriminelle Gewalt – sowohl politischer, ökonomischer oder kommunaler Art – sehr komplexer Natur sein (s. Tabelle 7.4).

Die vorliegende Ausgabe des *Small Arms Survey* befasst sich primär mit der Identifikation der Möglichkeiten, wie Nachkriegsgewalt eingeschränkt werden kann, um Friedenskonsolidierung und Staatenbildung zu fördern. Die Definition einer Gesellschaft als Post-Konflikt-Gesellschaft stellt den kritischen Betrachter vor erhebliche Herausforderungen. Das 7. Kapitel versucht, am Beispiel der Demokratischen Republik Kongo und an Ländern Zentralamerikas die Verhaltensmuster und Trends von bewaffneter Gewalt aufzuzeichnen. Es untersucht, warum Mord- und Opferraten unter der Bevölkerung auch nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen hoch bleiben und sogar weiter steigen können. Es beschäftigt sich schliesslich mit neuen Massnahmen, die, in Verbindung mit herkömmlichen Schritten zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R), zur Förderung der Sicherheit beitragen, das Risiko erneuter bewaffneter Gewalt verringern und die persönliche Sicherheit und langfristige Stabilisierung der durch bewaffnete Gewalt geschwächten kommunalen Gemeinschaft absichern können.

Zu den wesentlichen Erkenntnissen dieses Kapitels gehören:

- Bestimmte Gesellschaften und Bevölkerungsgruppen leiden auch nach Beendigung der Auseinandersetzungen unter direkter bewaffneter Gewalt, die in vielen Fällen sogar grösser sein kann als während der eigentlichen kriegerischen Aktivitäten.
- Die Sterberate nach Ende der Tötlichkeiten kann in vielen Regionen noch lange hoch bleiben – und unter Umständen sogar weiter steigen.
- Das Risiko, dass es in Nachkriegsregionen zu erneuten bewaffneten Auseinandersetzungen kommen kann, scheint höher zu sein als in Gesellschaften, die derartige Gewalt nicht erlebt haben.
- Die unmittelbaren und strukturellen Risiken in Post-Konflikt-Umgebungen – von Alkohol, Rauschgift, Feuerwaffen über eine hohe Arbeitslosenquote vieler Männer bis zu den Problemen hoher Vertriebenenkonzentration – können Auftreten, Intensität und Dauer bewaffneter Gewalt in der Nachkriegsphase stark beeinflussen.
- Konventionelle Massnahmen zur Förderung der Sicherheit, wie DD&R, führen häufig zu unterschiedlichen Ergebnissen und sind, für sich allein betrachtet, möglicherweise nicht geeignet, mit vielen der dynamischen Formen bewaffneter Gewalt in der Post-Konflikt-Phase erfolgreich umzugehen.
- Übergangs-Stabilisierungsmaßnahmen, die mit den übergreifenden Bemühungen der Friedens- und Staatenbildung eng verknüpft sind, dienen als ‚Halte-Strategien‘ in der unmittelbaren Zeit nach dem Konflikt.
- Interventionen zur Förderung der Sicherheit der zweiten Generation – gewöhnlich in Verbindung mit oder nach DD&R und einer Reform des Sicherheitssektors (SSR) durchgeführt – sind auf solidem Beweismaterial aufgebaut und den lokalen Bedingungen angepasst.

Tabelle 7.4 Arten bewaffneter Gewalt in Nachkriegsphasen

Art der Gewalt	Indikatoren	Beispiele
Politische Gewalt	Aussergerichtliche Tötungsdelikte, Sprengstoffattaken, Entführungen, Routine-Folterungen, Vertreibung, organisierte Aufstände	Kambodscha, Guatemala, Süd-Sudan
Gewalt, die vom Staat ausgeht	Übermäßige Gewaltanwendung bei der Gesetzesvollstreckung, bestellte Morde, soziale Säuberungen, Routine-Folterungen	Angola, Mosambik
Wirtschaftliche und kriminelle Gewalt	Bewaffneter Raub, Erpressung, Entführungen mit Lösegeldforderungen, Marktkontrolle mittels bewaffneter Gewalt	Afghanistan, El Salvador, Guatemala, Liberia
Kommunal- und Selbstjustiz	Lynchgewalt, Bürgerwehraktionen, Selbstjustiz	Liberia, Mosambik, Nordirland
Eigentumsstreitigkeiten nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen	Zusammenstöße aufgrund von Landstreitigkeiten, Mord aus Rache, ethnische Säuberung in kleinem Massstab	Afghanistan, Guatemala, Kosovo, Liberia

Quelle: Chaudhary und Suhrke (2008)

Das Kapitel zeichnet aber auch eine Reihe erfolgreicher Strategien auf, die entwickelt wurden, um bewaffnete Gewalt nach kriegerischen Auseinandersetzungen zu verhindern oder zumindest zu reduzieren. Es mangelt aber noch immer an soliden Beweisen darüber, welche Programme wirklich funktionieren. Jenseits genereller Erwartungen bezüglich Sicherheit, Ordnung und der Reduzierung bewaffneter Gewalt sind konkrete Bezugspunkte nur selten vorhanden. Es gibt zu derartigen Aktivitäten nur wenige wirklich glaubwürdige Einschätzungen und Kostenanalysen. Erste bescheidene Erkenntnisse bezeugen jedoch, dass ‚Übergangsstabilisierung‘ und ‚Sicherheitsförderung in der zweiten Generation‘ die richtigen Ansätze darstellen, um die Risiken und Auswirkungen von Post-Konflikt-Gewalt zumindest zu begrenzen.

In Verbindung mit eher konventionellen Bemühungen wie DD&R und Waffenkontrolle umfassen diese Massnahmen eine breit angelegte und differenziertere Sammlung von Verfahren, die Sicherheit nach Kriegsende zu erhöhen. Diese zeitlich begrenzten Übergangs-Stabilisierungsinitiativen werden in dem empfindlichen Zeitraum während oder genau nach Ende des bewaffneten



Ein ehemaliger Kindersoldat händigt im Dezember 2003 in Monrovia, der Hauptstadt Liberias, seine Munition an die UN aus. © Sven Torfinn/Panos Pictures

Konflikts durchgeführt. Sie werden eingesetzt, bevor die Periode formaler, grossangelegter Sicherheitsbemühungen beginnen kann, und umfassen so unterschiedliche Aktivitäten wie den Aufbau eines Zivilkorps, militärische Integrationsvorkehrungen, Übergangs-Sicherheitskräfte, Dialog- und Sensibilisierungsprogramme sowie differenzierte Formen einer Übergangsautonomie. Programme der zweiten Generation werden im Regelfall erst zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt und überlappen häufig mit DD&R und SSR. Sie umfassen kommunale Sicherheit und Interventionen, die auf eine sicherere Stadt abzielen, ‚Waffen-für-Entwicklung‘ Programme und gezielte, auf empirischen Beweis gestützte Aktivitäten, die sich mit gefährdeten Jugendlichen und Hot Spots beschäftigen. Zu den Schlüsselfaktoren, die diese Initiativen von herkömmlicher Sicherheitsförderung unterscheiden, gehören der Fokus auf empirische Datensammlung, spezifische Bedingungen einzelner lokaler Gemeinschaften, und die Betonung von Risiko- und Symptomabschwächung.

Der herkömmlichen Sicherheitsförderung fehlen oft klare Effektivitätsstandards. Im Grunde genommen führt die Tatsache, dass diese Art der Intervention darauf abzielt, politische Stabilität zu schaffen, dazu, dass sie mit der kriminellen und quasi-politischen Gewalt, die in der Post-Konflikt-Phase die politisch orientierte Gewalt oft überholt, nicht fertig wird. Übergangsstabilisierung, und Sicherheitsförderung der zweiten Generation – durch einen Fokus auf Hauptrisiken, die Steigerung von Widerstandsfähigkeit, und auf die Reduzierung der Indikatoren bewaffneter Gewalt – können die konventionelle Sicherheitsförderung ergänzen und bekräftigen. Wenn sich diese Massnahmen auch nicht als Allheilmittel verstehen lassen, können sie sich jedoch in solchen Fällen als besonders nutzbringend erweisen, wenn sie auf einzelne gefährdete Gruppen abzielen, die entweder bewaffnete Gewalt ausüben oder derartiger Gewalt ausgesetzt sind, sowie auf potenzielle ‚spoilers‘ des Übergangs von Krieg zu Frieden. ■